

ANTRAG

der Fraktion der BMV

Führungspositionen in der Justiz des Landes Mecklenburg-Vorpommern nach Eignung, Leistung und Befähigung besetzen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, von den veröffentlichten Plänen, offene Führungspositionen in der Justiz bundesweit auszuschreiben, um mehr Frauen für diese Positionen zu gewinnen, Abstand zu nehmen.

Bernhard Wildt und Fraktion

Begründung:

Laut Medienberichten will die Ministerpräsidentin offene Führungspositionen in der Justiz bundesweit ausschreiben, um mehr Frauen für diese Positionen zu gewinnen (<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/CDU-stellt-sich-gegen-Schwesigs-Justiz-Plaene,justiz308.html> Stand: 21. August 2018, 19 Uhr).

Die Fraktion der BMV spricht sich entschieden gegen jedweden Versuch aus, politisch auf die Besetzung von Stellen in der Justiz Einfluss zu nehmen. Die Auswahlentscheidung hat allein dem Grundsatz der Bestenauslese nach den Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung zu erfolgen (Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz). Sie hat geschlechtsneutral zu erfolgen.